

Ratsherr Logemann führt aus, dass sich die FDP-Fraktion über den Handlungsbedarf einig sei. Seine Fraktion wünsche sich eine moderatere Erhöhung ggfls. eine Reduzierung um 5% des veranschlagten Steuersatzes.

Bei der Satzung über die Wirtschaftswege schlage die FDP-Fraktion vor, lediglich die Anliegerwirtschaftswege mit einem Satz in Höhe von 50% zu besteuern.

Fachbereichsleiter Kohlosser führt dazu aus, dass der Städte- und Gemeindebund NRW die Einführung solcher Satzungen befürworte. Zur Zeit gebe es vier Städte im Rhein-Sieg-Kreis, die eine solche Regelung getroffen haben. Der Städte- und Gemeindebund empfehle, Differenzierungen vorzunehmen, je nach Art der Nutzung und der Nutzer der Wirtschaftswege. Bei den Prozentsätzen gebe es dann eine entsprechende Abstufung: 60 % beim Anliegerwirtschaftsweg, bei den Wirtschaftswegen, die eine darüber hinausgehende Bedeutung haben sinke der Beitragssatz deutlich auf 40 und 20 %, so dass der überwiegenden Nutzung durch Dritte Rechnung getragen werde

Die Stadt Rheinbach habe sich für 60 % entschieden, da in Rheinbach nach der Flurbereinigung die meisten Wirtschaftswege, die in geteilter Form bestehen, gleichzeitig das Radwegenetz in Rheinbach bilden. Dies habe die Verwaltung auch mit dem Städte- und Gemeindebund abgestimmt. Zur Zeit gebe es allerdings keine Rechtsprechung auf die man zurückgreifen könne, um zu sehen, ob dies ein gesichertes Verfahren ist. Möglich sei, dass die Stadt in einem Prozessverfahren eine andere Entscheidung erhalten werde.

Ursprünglich war in der Mustersatzung vorgesehen, alles in einer Satzung zu regeln. Auf Empfehlung anlässlich der „Beitragstage“ in Bad Honnef habe sich die Stadt Rheinbach dann aber für zwei Satzungen entschieden, um im Falle eines anderslautenden Gerichtsentscheides sicher zu gehen, dass wenigstens eine Satzung bestehen bleiben kann.

Aufgrund der Ausführungen stellt Ratsherr Logemann den Antrag auf Änderung des Anteils der Beitragspflichtigen auf 60 %/20 %/10 % für die Wirtschaftswege.

Ratsherr Beißel stellt den Antrag zur Geschäftsordnung auf Unterbrechung der Sitzung.

Nach der Sitzungsunterbrechung von 19.08 bis 19.11 Uhr erklärt Ratsherr Beißel, dass sich die CDU-Fraktion dem Antrag der FDP-Fraktion anschließe.

Auch Ratsherr Danz signalisiert Zustimmung für die SPD-Fraktion

Auch Ratsherr Danz signalisiert für die SPD-Fraktion Zustimmung.

Die Abstimmung erfolgt unter Einschluss des Antrages von Ratsherrn Logemann.